

Minerale. Die einzige Zinnmine in Mexiko unter dem 4. d. M., daß ein britischer Geschäftler alten Laps in der Nordsee auf eine Mine gelaufen und gefunden sei; 18 Mann der Besatzung seien getötet.

Aus Ponta Delgada auf den Azoren-Inseln meldet, einer Antierdamer, Drachtung zufolge, das Bombardement der Stadt unter dem 4. d. M.: Ein Unterseeboot besaß bei Tagesanbruch die Stadt. Ein Mädchen wurde getötet und andere verwundet. Die Forts eröffneten das Feuer.

Mariannens einzige Hoffnung.
Pariser Journalisten, die den französischen Minister Briand nach seiner Rückkehr aus Amerika sprachen, erzählten kürzlich, erst im Frühjahr 1918 könne man mit amerikanischer Hilfe rechnen. Man wolle daher die öffentliche Meinung auf einen neuen Kriegszustand vorbereiten. Es solle deshalb zunächst das Vertrauen auf die Hilfe Amerikas kräftig gefördert, jedoch noch nichts darüber laut werden, daß die veränderten Regierungen tatsächlich beschließen haben, den Krieg bis ins nächste Jahr fortzusetzen.

Deutsches Reich.

Reise des Kaiserpaares nach Wien.
Nach einer Wiener Drahtung trifft unser Kaiserpaar am 6. Juli früh mit Familie in Graz ein, um dem österreichischen den feierlich abgeleiteten Besuch zu erwidern.

Der Arbeitsplan des Reichstages.
In einer am 4. Juli abends abgehaltenen Besprechung einigte sich der Reichsausschuß des Reichstages dahin, daß die allgemeine Aussprache über die Fragen der inneren und äußeren Politik erst am kommenden Sonntag, 7. Juli, beginnen solle, um dem Hauptausschuß Zeit zur Erledigung seiner Arbeiten zu lassen. Auf die Tagesordnung für Freitag sollen gestellt werden die auf die Vermehrung der Reichstagsmitglieder bezüglichen Anträge, sowie der Gesetzentwurf betr. die Verlängerung der Legislaturperiode. Auch ist eine Entscheidung in Vorbereitung, die sich auf die Wahlreform in den Bundesstaaten bezieht.

Man hofft, am kommenden Dienstag, 10. d. M., die Sommerferien beenden zu können. Der Reichstag soll dann etwa Ende Oktober wieder zusammentreten.

Was Wolfgang seine weiß.
Aus Frankfurt a. M. meldet der Berichterstatter der „Deutschen Tageszeitung“ unter dem 4. Juli wörtlich: Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine sagte bei einer von einem freien Ausschuss einberufenen Versammlung in Frankfurt a. M. am 30. Juni abends folgendes: „Ich hatte noch kürzlich eine Besprechung mit dem Reichstagsler und dann haben ich und der Kaiser heute einen Frieden schließen nach Wien und Berlin. Ich bin nicht glücklich, aber ich habe die Entscheidung. Mit dieser Entscheidung hat es die jetzt der Kaiser in der Öffentlichkeit noch nicht gefaßt. Er hat es für richtig gehalten, zu säumen. Er ist dies nicht Mangel an Ernsthaftigkeit, sondern es liegt im Wesen seiner Stellung. Der Kaiser ist genötigt, auf die Willkürigen neben und hinter ihm Rücksicht zu nehmen.“

Er weiß warum?
Wie die „Tag. Nach.“ aus Genf erzählt, warnte der frühere deutsche Reichstagsabgeordnete bei dieser Tage im Anschluss der französischen sozialistischen Partei davon, sich auf eine Abstimmung in Glas-Verhandlungen über die Zugehörigkeit des Landes einzulassen. Eine solche Entscheidung könnte leicht zur Folge haben, daß Glas-Verhandlungen als französisches Streichspiel angesehen würde. Man müsse die ganze Frage als ein Stück der Weltgeschichte betrachten.

Deutsches Reich.

Bundesrats-Verhältnisse.
Berlin, 3. Juli. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf eines Gesetzes über die nachmalige Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages und dem Entwurf eines Gesetzes betr. den Landtag für Glas-Verhandlungen die Zustimmung erteilt. (W. T. B.)

Verordnung und auswärtige Politik.
Berlin, 3. Juli. Der Verfassungsausschuß des Reichstages hat heute nicht in der Beratung der Wahlrechtsanträge ein, sondern vertagte sich mit Rücksicht auf die Verhandlungen im Hauptausschuß am morgen, nachdem er beschlossen hatte, die Leitartikel über die bisherigen Beratungen an die Vollversammlung gelangen zu lassen.

Im Hauptausschuß des Reichstages gab heute der Staatssekretär des Reichsschatzamt, Graf von Roeder, einen Überblick über die Entwicklung der Finanzen seit Einbringung der letzten Kreditvorlage und begründete dann die Vorlage eines neuen Kredits von 15 Milliarden. Darauf trat der Reichstag in die Aussprache über die allgemeine politische Lage ein. Die Verhandlungen sind vertraulich. Ihnen wohnten bei: von der Regierung die Staatssekretäre, der Kriegsminister und andere Mitglieder des Bundesrats, von den Abgeordneten die Mitglieder des Ausschusses und zahlreiche Zuhörer.

Staatssekretär Zimmermann äußerte sich vertraulich über die politische Lage und unsere Beziehungen zu den auswärtigen Mächten. (W. T. B.)

Kaiser, Reichstagsler und Reichsausschuß am 2. Juli beim Reichstagsler hatten, verläutet, der „B. Z.“ vom 3. d. M. zufolge, daß von den Parteien der Wunsche in bezug auf die innerpolitische Neuorientierung lebhaftes Verständnis geäußert worden sind. Als Ergebnis der Verhandlungen könne der Reichstag des Reichsausschusses vom 3. d. M. angehen werden, die Frage der Lösung der großen Reichstagswahlfrage in den nächsten Tagen im Plenum zu verhandeln, und die Genehmigung der Regierung, sich mit den zu erwartenden Beschlüssen des Reichstages irgendwie politisch abzufinden.

Ein Aufruf für das gleiche Vorgehen.

Uns geht folgende Erklärung zu:
„Der große Kampf, in dem das deutsche Volk steht, ist noch nicht beendet. Die Unterdrückten haben bisher meist der Verfassung schiedlich die Verantwortung der Kaiserlichen Oberhoheit, zur Verteidigung der inneren Elemente der öffentlichen Lebens durchzuführen. Aber der Widerstand, der von dieser Seite geleistet wird, ist so stark, daß Zweifel entstehen müssen, ob überhaupt die Oberhoheit noch Absicht des Friedens ihrem Geiste nach voll zur Verwirklichung gelangen werde.“

Ein solcher Zweifel ist heute unerträglich. Um das deutsche Volk in dem Vertrauen zu erhalten, auf das es ein Recht hat, ist es notwendig, ohne Verzug die Hand aus dem Ärmel zu legen. Wir stehen daher nicht an, die Forderung des Tages öffentlich zu erheben: daß die Regierung dem Landtage unterbreitete eine Wahlreform vorlege, die nicht nur das allgemeine, direkte und geheime, sondern auch das gleiche Stimmrecht bringt, und daß die Regierung auch jenseitig dem Vertrauen wirksamen und lächerlichen Ausdruck gebe, welches das deutsche Volk verdient.“

20. Juni 1917.
Professor Hans Delbrück, Oberbürgermeister Dominicus, Professor Emil Fischer, Wirtl. Geh.-Rat Ad. von Harnack, Wirtl. Geh.-Rat Professor Friedrich Meinert, Volkshausleiter a. D. Graf Hans, Professor Walter Rerill, Dr. Paul Mohrbach, Dr. Friedrich Schimke, Professor Ernst Troeltsch.

Das deutsche Land Glas-Verhandlungen.
Bei ihrem Aufenthalt in Glas-Verhandlungen weiten die neutralen Journalisten, aus dem Glas kommend, in den letzten Tagen in Wien und Bozzen, wo sie auch dem Inhabergebiet einen Besuch abstatteten. Auf einer ihnen zu Ehren veranstalteten feierlich gezeigten der Landtagsabgeordnete Abgeordneter der Reichstagskammer Justizrat Dr. Gregorio die Behauptung einer Feinde als „groteske Farce“, als gelte es, die Glas-Verhandlungen zu betreiben. „Wir wissen“, sagte der Redner, „den Wert einer solchen Liebe zu schätzen, lehnen aber aufs entschiedenste ab, daß unsere letzten Unterreden in Glas-Verhandlungen, die wir nicht geführt und nicht gewünscht haben. Im Gegenteil, wir werden, wie das bisher seit drei Jahren geschehen ist, Hand in Hand mit unseren deutschen Waffenbrüdern stehen und mit ihnen unser schönes Land und seine Schätze vor fremder Überwältigung und vor dem feindlichen Einbruch unserer letzten Unterreden zu schützen wissen, auf daß die alte Gottingen so frei bleibe, wie es seit 1870 wieder geworden und in viel früheren Jahrhunderten gewesen ist — ein deutsches Land!“

Usland.

Ein Gnadenerlach Kaiser Karls.
Im Juli-Ausschuß des österreichischen Abgeordneten-Hauses teilte der Militärpräsident Dr. Ritter von Seidler am 2. Juli mit, daß der Kaiser ein Gnadenerlach an ihn gerichtet habe, in dem er u. a. erklärte, daß er, da es gelte, in werthvollstem Entgegenkommen Vorkommnisse zu betreiben, als Erster den Weg der Nachsicht zu betreten wolle, über alle jene bedauerlichen politischen Ereignisse, die sich vor und während des Krieges ereigneten und die in der letzten Unterredung zwischen den Schwestern des Bergeslebens breiten. Ich erlasse, so fährt der Kaiser fort, den Beschlüssen, die von einem Zivil- oder Militärgericht wegen der vorliegenden im Zivilverhältnis begangenen Strafbaren Handlungen verurteilt worden sind, die verhängte Strafe. Gnadenerlach, Majestätsbeleidigung, Beleidigung der Mitglieder des Kaiserlichen Hauses, Störung der öffentlichen Ruhe, Unfug, Aufruhr, gewalttätiges Handeln gegen eine von der Regierung zur Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten berufene Versammlung, gegen ein Gericht oder eine öffentliche Behörde u. d. m.

Durch die Amnestie werden also u. a. die Schießenden und rufenden Politiker, wie Kramar, Poljak, Kofac, sowie einige slowenische und italienische Parteiführer von der Strafe und Verfolgung befreit. Diese Amnestie des Reichsausschusses an den Kaiser, die in ihrem Endstadium mit dem Bestände der Monarchie unvereinbar waren, verlassen den Kaiser und kehren an die Stätte ihres früheren Wirkens ins Parlament zurück.

kleine politische Nachrichten.

Ein neues sozialdemokratisches Parteiprogramm gelangt seit dem 1. Juli in Leipzig zur Ausgabe. Für die Redaktion der „Freien Presse“ verantwortlich zeichnet Otto Bollender. — Der neuen Konstitution begegnet die „Luz. Zig.“ durch Herausgabe einer Frauenzeitschrift, die unter holländischer Mitarbeit von Clara Zetkin erscheint.

Revision der österreichischen Militärstrafgesetze. Im Juli-Ausschuß des Reichstages stellte ein Abgeordneter einen Antrag, in dem die Regierung angefordert wird, einen Gesetzentwurf wegen allgemeiner Milderung der Bestimmungen des Militärstrafgesetzes im Sinne einzubringen. Der Leiter des Landesverteidigungsministeriums Cappi erklärte, er nehme den Antrag mit lebhafter Befriedigung an und werde alles tun, um in möglichst kurzer Zeit ihn zur Durchführung zu verhelfen.

Eine Adresse über das Friedensziel an den Papst hat die zürcher in Bern tagende Delegiertenversammlung der Christlich-sozialen Organisation der Schweiz zu beschließen. In ihr wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es dem Papste, dem geistlichen Träger der Religion der Liebe, bald vergründet sei, der bangenden Welt Rettung und Auswegstrieden zu bringen.

Infolge der neuen englischen Sperrenmaßregeln in der Nordsee ist, wie aus Rotterdam gebrannt wird, am 2. Juli kein Schiff von dort ausgefahren. Die Spannen sind gemacht, daß die Dampftrahler, die zum Fischfang hätten ausfahren sollen, vorläufig stillliegen.

Der Dieter Sage in Kristiania verarmte nemte nachdrücklich den Wunsch, eine internationale Konferenz einzuhalten, in der die Hoffnung auf engliche Zusammenarbeit der neutralen Staaten während und nach dem Weltkriege ausgesprochen, sowie die Eröffnung vorbereitender Erörterungen über die Stellungnahme zur Erreichung einer internationalen Verständigung zwischen Vermeidung von Kriegen und Sicherung dauernden Friedens empfohlen wird. Diese Entscheidung soll den Regierungen der drei nordischen Länder betragend werden. Außerdem forderte der Kongress den aus nächster Nähe eine überörtentliche Delegiertenversammlung zur fortgesetzten Behandlung dieser Fragen einzuhalten.

Er sinkt immer tiefer. Wie die „Brit. Zig.“ aus Genf erzählt, wird der ehemalige christliche Abgeordnete Blumenthal von der französischen Regierung zum gewerblichen Betriebe der Deutschenbege verwendet. Am 1. Juni mußte er die französischen Staatsbürgerschaft ablehnen, um das Interesse der Franzosen für Glas-Verhandlungen zu betreiben. Dann wurde er dem Reichsausschuß des Reichstages des Reichsausschusses zugewiesen worden, um die Journalisten der Entente und insbesondere diejenigen der neutralen Länder gegen die Zentralmacht aufzubringen. Gegenwärtig ist Blumenthal nach den österreichischen Staaten geflüchtet worden, um dort unter der Besichtigung deutschen Ursprungs sich heimlich fortzusetzen.

Englische Sozialisten für Glas-Verhandlungen. Eine Berliner Drahtung zufolge berichtet die „London Morning Post“, daß die Drahtung zufolge berichtet die „London Morning Post“, daß die englische sozialistische Partei, der Einbruch des Arbeiters- und Soldatenrats zur internationalen Konferenz in Stockholm zu entsprechen beschließen habe, und ihre Mitglieder entlassen werde, die angeblich alle ausgeprobenen Gegner der Sache der Entente-mächte feindlich gegenüber sind.

Wie Daniel Cam die beschlagnahmten deutschen Schiffe verwendet. Das Ministerium, „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London, daß der Präsident Wilsons 87 internierte deutsche Schiffe, die fast alle durch die Beschlagnahme beschädigt waren, dem Federal-Schipping-Board überlassen habe. Die anderen Schiffe seien bereits früher von der Flotte beschlagnahmt worden und würden als Hilfskräfte verwendet werden.

Zusland.

Gegen Kaiser Karls Gnadenerlach.
In der Sitzung der deutschösterreichischen Vereinigung zu Wien wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die deutschösterreichische Vereinigung erklärt, daß der von der österreichischen Regierung geleistete Gnadenerlach, wie mit großer Befürchtung für die Zukunft eine bittere Erfahrung, daß er insbesondere von den Täuheren als Beweis von Schwäche angesehen und dadurch ihre gegen das Staatsgange gerichtete Begehrtheit in unangemessen gesteigert wird. Die deutschösterreichische Vereinigung kann daher dieser Regierung kein Gnadenerlach entgegenbringen und wird ihre Haltung dieser Regierung gegenüber dementsprechend einrichten.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Juli 1917.
Der Reichstag ist in schwerer Zeit zu seiner Arbeit versammelt. Die Ausschüsse arbeiten schon seit mehreren Tagen. Am Donnerstag hat nun auch die erste Vollsitzung stattgefunden. Mit ernsten und würdigen Worten leitete der Präsident Dr. Kämpf die Sitzung ein und vermahnte auf das beherrschende Friedensangebot des Kaisers. Mit Wohl und Spott hatten unsere Gegner den Friedensentwurf zurückgewiesen, und alle sahen zu dem Blut, das letztem geflossen ist, an dem Abend, das die Welt erfüllt. Unser Dank aber gelte den Kämpfern draußen, die allen Anstrengungen trotz, den unüberwindlichen U-Booten, die die englische Insel immer mehr isolieren, den Russen, die die Luft beherzigen, allen Ersuchen, die ihr Seines einleihen, die Beteiligung des Vaterlandes. „Deutschland kann niemals besiegt werden, wenn es einig ist.“ Mit dieser Geslossenheit trete das ganze deutsche Volk den todben Feinden entgegen. Dann muß ihm der Sieg bleiben. Mit diesem Beschlusse schloß das Haus den Vortag.

Dann ergriß Graf von Roeder, der Leiter des Reichsschatzamt, das Wort, um die neue Kreditvorlage einzubringen, die dem Reichstagsler ermächtigt, 15 Milliarden Mark im Wege des Kredits (sitzig) zu machen. Der Krieg stellt uns außerordentlich hohe Summen in Geld an, diese 15 weiteren Milliarden nur ein Baustein zum Endziel. Allein, Deutschland habe täglich 100 Millionen Mark an Kriegskosten aufzubringen. Aber seine Feinde müßten noch viel tiefer in die Tasche greifen. Während gedachte Graf Roeder den vertraulichen Charakter unserer Kriegsentscheidungen und warnte vor einer gewissen Sucht, jetzt im Kriege allzu weitgehend im Gedächtnis zu sein. Auch mit der nationalen Arbeit müsse hauswirtschaftlicher umgegangen werden. Dann das Gold! Wohl stimmt es noch immer in die Klasse der Reichstagsler, aber alle Zahlungsmittel, das neutrale Ausland müßten in Gold geleitet werden. Darum sei es, um unsere staatliche Unabhängigkeit auf der Höhe zu erhalten, notwendig, immer neue Goldquellen zu erschließen. Darum müßten alle Münzen und alle entwerflichen Schmuckstücke als Edelmetall von Wert zur Reichstagsler (sitzig) beschlagnahmt werden, um dem Reichstagsler den Dank an die Kämpfer (sitzig) in den Kampfsgegenständen, auf den Feldern der Landwirtschaft und überall, wo deutsche Arbeit geleistet wird.

Darauf verortete sich das Haus. Am Freitag werden die Arbeiten des Verfassungsausschusses besprochen werden.

kleine politische Nachrichten.

Ausgehobene Präsidentenwahl. Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte der Kriegaminister, v. Sien am 4. Juli, daß die kürzlich gegen die „Brit. Zig.“ verhängte Maßregel aufgehoben werden soll.

Wahlrechts-Reformantrag. Im Einlaufe des österreichischen Abgeordneten-Hauses vom 4. Juli befindet sich ein Antrag betreffs einer Veränderung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung durch mehr als das Wahlrecht und die Wahlbarkeit der Frauen, sowie das Wahlrecht für alle Personen ohne Unterbrechung des Geschlechts vom 20. Lebensjahre an eingeführt werden soll.

Die „freie Fahrkarte“. Das hiesige Korrespondenzbureau meldet, daß infolge der neuen englischen Vorkriegsregeln in der Nordsee Schiffe, die durch die sogenannte freie Fahrkarte fahren müßten, bis auf weiteres nicht ausfahren dürfen.

Handelsabkommen zwischen Spanien und England. Nach einer Berliner Drahtung meldet der Pariser „Temps“ am 3. Juli, daß die Unterhandlungen der spanischen Regierung mit der englischen über die Einbuhr von 150.000 Tonnen englischer Sohle monatlich und die Ausfuhr spanischer Minerale nach England abgeschlossen und das Abkommen zum englischen Auswärtigen Amt unterzeichnet worden seien.

Kardinal Paraclet in Paris. Eine Genfer Drahtung der „Brit. Zig.“ bringt, daß der Vollzugsauschuß der radikalen und sozialistischen Parteien des allgemeinen radikalen Parteilagers für die Tage vom 25. bis zum 27. d. M. in Paris einberufen hat; auf der Tagesordnung dieser Parteitagung stehen drei Punkte: Wirtschaftliche Organisation Frankreichs nach dem Krieg; Unterbrechung der hauptsächlichsten durch den Krieg verursachten Probleme.

Reine Provinzwahlen in England. Das Unterhaus hat am 4. Juli bei Beratung der Wahlreform-Gesetzvorlage den Antrag des Schotten der progressiven Vertretung einzuführen, mit 20 gegen 169 Stimmen abgelehnt.

Erhebung der Prämien auf Tauchboote. Der Minister „Scotch“ meldet aus London, daß die ältesten Seemanns in der Armee ist, die Aufbringung von Tauchbooten um hundert Prozent erhöht werden.

